
Die Politische Kultur der Europaskepsis im Vereinigten Königreich: Das Unbehagen vor Europa und der britische Sonderweg im europäischen Integrationsprozess als Hintergrund des Brexit

2

2.1 Europäisierung, Englishness und Europaskeptizismus

Lange hatte das Vereinigte Königreich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft innerlich gerungen und mit den Gründungsmitgliedern für diese gekämpft. Im Laufe der Jahre, die dem Beitritt zur EG im Jahr 1973 folgten, kam es zu einer sukzessiven Europäisierung des Landes. Diese betrifft vor allem Bereiche wie Umwelt-, Wettbewerbs- und Regionalpolitik, lässt sich aber insbesondere auch auf der Polity-Ebene, also auf Seiten der britischen Institutionen wie etwa den Ministerien und Behörden, feststellen. Dabei ist beachtlich, dass es neben nationalen Behörden wie dem Außenministerium vor allem die lokale Ebene und die Regionen – und dort allen voran Schottland – sind, welche sich in vielfacher Hinsicht auf Europa eingestellt haben und vor diesem Hintergrund eine gestärkte eigenständige Rolle entwickeln konnten. Analog gilt dies auch für den Bereich der organisierten Interessen, welche ebenfalls gestärkt aus dem Europäisierungsprozess hervorgegangen sind (Bache und Jordan 2006, S. 267–273).

Gleichwohl blieben die politischen Eliten ebenso wie die Bürger zu nicht unwesentlichen Teilen europaskeptisch, wobei diese Skepsis von der Kritik an spezifischen Politiken und der Abwägung von Integrationsschritten gegenüber der ausgeprägten Wahrung nationaler Interessen bis hin zur nicht selten anzutreffenden grundsätzlichen Ablehnung des europäischen Integrationsprojektes hinsichtlich konstitutioneller, institutioneller und politikfeldbezogener Aspekte reichte (Szczzerbiak und Taggart 2008a, b). Aufgrund dieser Weite, Tiefe und Permanenz bezeichnete etwa Stephen George (2000) Großbritannien nicht mehr nur als

heiklen Partner in Europa, sondern als einen rundweg europaskeptischen Staat. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass grundlegende Themen, die beim Brexit eine maßgebliche Rolle gespielt haben, schon die gesamte Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EG beziehungsweise der EU Teil eines europakritischen Diskurses waren.

Ein wesentliches Element des britischen Europaskeptizismus liegt in einem stark auf das Englische fokussierten Nationalismus, welcher auf eine an Permanenz orientierte Anglo-Souveränität hin ausgerichtet ist. Das damit verbundene Idealbild einer von London dominierten globalen Anglosphäre wurde in der Wahrnehmung vieler Britinnen und Briten durch das Projekt der europäischen Integration als gefährdet angesehen. Europa und seine Institutionen wurden vor diesem Hintergrund zum signifikanten Anderen, gegen den die Idee der Englishness geschärft wurde und verteidigt werden musste (Gifford 2014). Hierbei konnte auf tief sitzende und auf historischen Erfahrungen beruhende kollektive Identitäten zurückgegriffen werden, welche sich vor dem Hintergrund realhistorischer Entwicklungen politisieren und immer wieder tagespolitisch nutzbar machen ließen. Auch im Kontext des Brexit wurden traditionelle Vorbehalte und lange gehegte Feindseligkeiten gegenüber europäischen Mächten und Einstellungen, die seit jeher als bedrohlich für die Insel empfunden wurden, auf die EU übertragen und dem kontinentaleuropäisch-institutionalisierten Hort der Undemokratie die einzigartige Tradition des britischen Parlamentarismus gegenübergestellt.

2.2 Churchills Europa-Vision und das Integrationsmodell von Monnet und Schuman

In diesem Zusammenhang mag es zunächst verwundern, dass die Aufforderung, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen, ausgerechnet von Winston Churchill in dessen berühmt gewordener Zürcher Rede von 1946 kam. Hierin sprach er von seinem festen Glauben an einen schrankenlosen Kontinent, in dem für alle Menschen völlige Bewegungsfreiheit herrschen werde. Damit traf er den Nerv des kriegszerstörten und desperaten Europas. Seine Vision diente nicht nur als Ansporn für die europäische Bewegung, sondern trug auch maßgeblich zur Gründung des Europarates und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bei. Doch zugleich war dieses Bild Europas auf seinen kontinentalen Teil beschränkt – die britischen Inseln sollten außen vor bleiben und eigenständig auf Augenhöhe mit den USA und der Sowjetunion Weltpolitik betreiben. Für das Vereinigte Königreich sah Churchill eine Rolle vor, in der London paternalistisch

auf Europa herabblickt und Großbritannien zwar an Europa angelehnt ist, ohne aber wirklich Teil davon zu sein, mit dem Ziel, vom Prozess der europäischen Einigung ökonomisch zu profitieren (MacShane 2015, S. 30 f.). An diesem grundlegenden Bild hat sich bis heute nichts geändert und das damit verbundene Selbstverständnis ist eine der entscheidenden Triebkräfte des Brexit und des gegenwärtig geführten Diskurses um die Rolle des Vereinigten Königreichs nach dessen Ausscheiden aus der EU.

Damals wie heute stehen sich zwei Versionen von Europa gegenüber, und es ist die Tragik der euro-britischen Beziehungen, diese nie in Einklang gebracht zu haben, ja, deren verschiedenartige Existenz zu großen Teilen schlichtweg negiert zu haben – vor allem auf nicht-britischer Seite. Diese beiden Verständnisse von Europa, welche man nicht verwechseln darf, die man jedoch immer wieder unreflektiert gleichsetzte, waren die von Jean Monnet und Robert Schuman einerseits und eben das von Winston Churchill andererseits. Während letzteres dem Entwurf des britischen Innenministers Sir David Maxwell Fyfe folgend ein auf der Anerkennung von Menschen- und vor allem auch Freiheitsrechten (insbesondere in ökonomischer Hinsicht), aber eben auch auf Wahrung staatlicher Souveränität basierender Raum sein sollte, beruhte das erstgenannte Verständnis auf einer immer weiter voranschreitenden institutionell unterfütterten Integration gleichsam aller politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche der einzelnen europäischen Staaten hin zu einer möglichen finalen staatlichen Einheit (MacShane 2015, S. 33).

2.3 Londons Streben nach Zugang zum Binnenmarkt

Zugleich erkannte die Regierung in London im Laufe der Zeit die Vorteile, die sich aus einem wirtschaftlich integrierten Europa ergeben, wie es durch die Umsetzung des Monnet-Schuman-Modells in Folge der Römischen Verträge auf dem Kontinent sichtbare Realität wurde. Die Entscheidung, sich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzunähern, erfolgte somit primär aus ökonomischem Kalkül: Der britische Versuch, mit der EFTA ein Gegenmodell europäischer ökonomischer Integration zu etablieren, war schnell gescheitert, die Beziehungen zu den USA zu jener Zeit fragil und das Vereinigte Königreich musste feststellen, dass seine eigene Wirtschaftsentwicklung von anhaltender Schwäche gekennzeichnet war. Am 31. Juli 1961 erklärte der damalige britische Premierminister Harold Macmillan von der Konservativen Partei dem britischen Unterhaus, dass Großbritannien vor diesem Hintergrund geradezu genötigt sei, der EWG beizutreten. Bereits am 10. August 1961 wurde das Beitrittsgesuch

offiziell. Trotz des eingangs von London gegebenen Versprechens, die Römischen Verträge bedingungslos zu akzeptieren, wurden in den anderthalb Jahre währenden Verhandlungen schließlich so viele Sonderwünsche und Forderungen eingebracht, dass die Verhandlungen vonseiten der EWG beendet wurden. Aufseiten der britischen Regierung hatte letztlich die Sichtweise dominiert, die EWG müsse sich maßgeblich auch den Bedürfnissen und Erwartungen des Vereinigten Königreichs anpassen, und insbesondere Frankreichs Präsident Charles de Gaulle war nicht bereit, das zu akzeptieren.

Der weiter voranschreitende internationale Bedeutungsverlust sowie die noch prekärer gewordene wirtschaftliche Lage veranlassten die Regierung in London, diesmal unter Premierminister Harold Wilson von der Labour Partei, 1967 einen abermaligen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen. Dieser scheiterte zunächst am Widerspruch de Gaulles. Erst nach dessen Rücktritt 1969 und der Übernahme des französischen Präsidentenamts durch George Pompidou war der Weg prinzipiell frei. Ein weiterer Antrag Londons erfolgte schließlich durch den 1970 überraschend zum Premierminister gewählten Edward Heath. Doch bereits in der Unterhausabstimmung im Oktober 1971 war das Bild – auch innerhalb der Fraktionen – höchst uneinheitlich. Auch wenn es letztlich für eine Mehrheit reichte, der geplante Beitritt des Vereinigten Königreichs war keineswegs unumstritten im eigenen Land (Krupa 2013).

2.4 Das erste Brexit-Referendum von 1975

Dies sollte auch der bereits 1975 erfolgte „Beinahe-Brexit“ bestätigen. 1974 kam es zum Regierungswechsel, Heath wurde durch seinen eigenen Vorgänger im Amt, Harold Wilson, abgelöst, der nun in der Verantwortung gegenüber seinen Wählerinnen und Wählern stand, das Wahlkampfversprechen einer privilegierten Rolle des Vereinigten Königreichs in der EG einzulösen. Über das Ergebnis der Nachverhandlungen mit Brüssel sollte in einem Referendum abgestimmt werden – mit dem möglichen Ergebnis eines Verlassens der EG bereits zwei Jahre nach dem Beitritt. Dass die Entscheidung zugunsten eines Verbleibs ausging, hatte vor allem ökonomische Gründe. Die wirtschaftliche Lage des Vereinigten Königreichs war nach wie vor prekär, das Land war mit Phänomenen wie starker Inflation und ausufernden Streiks konfrontiert. Vor diesem Hintergrund trat vor allem die britische Wirtschaft für die Beibehaltung der EG-Mitgliedschaft ein, und auch die Medien tendierten nahezu unisono in diese Richtung (Krupa 2013).

Den Tag, an welchem der Brexit im Jahr 1975 abgewendet wurde, bezeichnete Roy Jenkins, ein enger Parteifreund von Premierminister Wilson, als Tag des Jubels, welcher nach 14 Jahren endlich die Debatten über das Verhältnis von Großbritannien und Europa beende (Krupa 2013). Dass es sich hierbei nur um eine Verschnaufpause handelte, und der Weg zu einem weiteren Brexit-Referendum keineswegs endgültig verlassen worden war, sollte sich bald herausstellen. Die beiden europäischen Modelle existierten nach wie vor nebeneinander, und der Umstand, dass es lediglich das ökonomische Argument in Zeiten der akuten Krise war, welches das Vereinigte Königreich in der EG hielt, legte den Grundstein für weitere Bruchlinien. Zeitlich hatten sich die Gründungsmitglieder nämlich auf eine Positionierung der EG verständigt, welche mit den britischen Vorstellung notwendigerweise nicht in Einklang zu bringen war.

2.5 Erweiterung, Vertiefung und der Briten-Rabatt als euro-britische Zankäpfel

Denn die mit der Aufnahme des Vereinigten Königreichs, die gemeinsam mit der Aufnahme der Republik Irland und Dänemarks erfolgte, verbundene *Erweiterung* der Europäischen Gemeinschaft ging nun Hand in Hand mit einem anderen europäischen Prozess, welcher sich gleichermaßen als erhebliche Belastung der euro-britischen Beziehungen erweisen sollte und ebenfalls einen maßgeblichen Anteil an dem Weg zum Brexit hatte: der *Vertiefung* der europäischen Integration. Ein wesentlicher Schritt hierzu wurde mit der parallel zur Erweiterung erfolgenden Verständigung auf die Einrichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion unternommen. Insgesamt sollte die EG nunmehr zu einer Europäischen Union ausgebaut werden, welcher umfangreiche Kompetenzen in Bereichen wie der Sozial-, Umwelt-, Energie- und Regionalpolitik übertragen werden sollten.

Hieran leistete das Vereinigte Königreich in den Anfangsjahren durchaus seinen Beitrag. Ausgerechnet unter der Regierung von Margaret Thatcher (1979–1990) kam es zur Unterstützung von solchen zentralen Entwicklungsschritten wie der Einheitlichen Europäischen Akte, der Befürwortung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder der Einführung der Direktwahl des Europäischen Parlaments. Gleichzeitig aber stand sie den finanziellen Mitteln, welche das Vereinigte Königreich zum Haushalt der EG beisteuern musste, höchst kritisch gegenüber, weil das Land mehr an Mitgliedsbeitrag entrichtete als es etwa durch Agrarsubventionen, Struktur- oder Kohäsionsmittel wieder zurückbekam. So empfand die Regierung ihren Status als Nettobeitragszahler als ungerecht und

nahm die Mitgliedschaft in der EG letztlich als schlechtes Geschäft wahr, was die Regierung Thatcher dazu veranlasste, 1984 unter dem berühmt gewordenen Motto „I want my money back“ für sich Sonderrechte bei der Bemessung des Mitgliedsbeitrages zu erstreiten.

Dieser sogenannte Britenrabatt sah vor, dass London zwei Drittel des Betrages, den das Vereinigte Königreich mehr entrichtete, als über die europäischen Fördermittel zurückfloss, erlassen würde. Anfangs, als das Land tatsächlich noch ökonomisch auf schwachen Beinen stand, erschien eine solche Maßnahme als solidarisch gerechtfertigt, insbesondere weil es aufgrund seines vergleichsweise kleinen Agrarsektors im Vergleich zu Frankreich von der geltenden Regelung de facto über Gebühr benachteiligt wurde. Allerdings setzte sich die Praxis des Britenrabatts auch in die Zeiten hinein fort, als das Vereinigte Königreich sich zu einem der wohlhabendsten Mitglieder der Gemeinschaft entwickelte, sodass der Nachlass, den London bis zum Brexit genoss, mehrere Milliarden Euro ausmachte und so zum Unmut anderer EU-Mitglieder beitrug, welche wiederholt eine Verminderung oder Abschaffung dieses Sonderrechts forderten. 2011 und 2012 etwa belief sich der jährliche Rabatt auf 3,6 Mrd. EUR, im Jahre 2013 wurde dieser auf Drängen Camerons hin, der für den Fall einer Senkung des Rabatts mit dem Austritt seines Landes aus der EU drohte, sogar nochmals um 200 Mio. EUR erhöht (Die Welt 2013 <http://www.welt.de/117526754>).

Aus der berechtigten Solidaritätsleistung mit London ist im Laufe der Zeit die erhebliche zusätzliche Privilegierung eines ohnehin schon privilegierten EU-Mitglieds geworden. Doch schon zu Thatchers Zeiten war das Solidaritätsverständnis gegenüber anderen Mitgliedsstaaten der EG nicht sehr ausgeprägt. Jack Straw, der spätere Labour-Außenminister, sprach sich vehement dagegen aus, dass britische Steuergelder in die neuen EG-Mitgliedsländer wie Portugal oder Griechenland umverteilt würden. Dass sich Thatcher hierbei gegen Straw stellte, hatte jedoch ebenfalls etwas mit dem britischen Verständnis der EG als reinem Binnenmarkt zu tun: So sollte die ökonomische Integration der neuen Mitglieder möglichst schnell vorangebracht werden, damit vor allem auch die britische Wirtschaft von der Süderweiterung profitieren könne. Eine soziale Basis des Binnenmarktes, wie sie etwa Jacques Delors, Kommissionspräsident von 1985–1995, vorsah, wurde von Thatcher abgelehnt.

In diesem Zusammenhang zeigt sich eine weitere Bruchlinie im euro-britischen Verhältnis. Als Thatcher Mitte der 1980er Jahre Streiks mit nie dagewesener Brutalität niederschlagen ließ und die Gewerkschaften ihres Landes, die sie als inneren Feind und in Anspielung auf den eben gewonnenen Falklandkrieg als den nächsten zu schlagenden Gegner bezeichnete, dauerhaft zerschlagen wollte,

wurde Delors von den britischen Gewerkschaften als Heilsbringer und die EG als ihre letzte Rettung wahrgenommen (MacShane 2015, S. 67 f.). Weite Teile von Wirtschaft und Gesellschaft indessen standen der EG jedoch mittlerweile kritisch gegenüber. Dies galt umso mehr, als Delors 1988 verkündete, dass künftig ein Großteil der Wirtschafts-, Sozial- und Steuergesetzgebung auf europäischer Ebene und nicht mehr in den Mitgliedsstaaten gemacht würde.

2.6 Das Vereinigte Königreich und der Euro: Draußen bleiben aber mitentscheiden

Nicht zuletzt diese Aussage machte es Thatcher leicht, den Vorschlag zur Einführung einer gemeinsamen Währung mit Nachdruck zu bekämpfen, welche sie als Etablierung eines föderalen Europa durch die Hintertür und somit als unmittelbare Gefahr für die Souveränität des Vereinigten Königreichs ansah. Nichtsdestoweniger signalisierten die Labour-Regierungen, welche zwischen 1997 und 2010 die Geschicke des Landes bestimmten, dass man sich auch in London vorstellen könne, irgendwann auch das Vereinigte Königreich in die Euro-Zone zu führen. Erst mit der Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten unter der Führung David Camerons von 2010 bis 2015 änderte sich das grundlegend: Eine Mitgliedschaft im Euro wurde nun kategorisch ausgeschlossen. Für den Fall, dass die Brexit-Entscheidung anders verlaufen wäre, hatte sich London bereits dahin gehend abgesichert, dass es als Nicht-Euro-Land weder an Bailouts beteiligt sein, noch an einer Fiskalunion teilnehmen würde (Adler-Nissen 2016, S. 238).

Auch an dieser Stelle wird die grundlegende Sichtweise des Vereinigten Königreichs auf die Europäische Union im Sinne eines maximalen Profitierens bei gleichzeitig minimalen Verpflichtungen deutlich, welche sich im Zusammenhang mit der europäischen Gemeinschaftswährung dahin gehend manifestierte, sich zwar für den Opt-Out entschieden zu haben, jedoch zugleich über den Euro mitbestimmen zu wollen. Die Einführung des Euro hat in der Tat eine Machtverschiebung innerhalb der EU bewirkt, welche sich zulasten der Einflussmöglichkeiten Londons auswirkte. Oder anders ausgedrückt: Die britische Regierung hat durch die Entscheidung, der Währungsunion fernzubleiben, zwar seine Autonomie gegenüber Brüssel beziehungsweise Frankfurt, dem Sitz der EZB, betont, zugleich aber auch auf zentrale Mitwirkungsmöglichkeiten an der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Europäischen Union verzichtet. Das zeigte sich vor allem in der Eurokrise, als die Euroländer unter der Führung Deutschlands in der Koordinierung der Finanzpolitik noch näher zusammenrückten, um den Euro zu

retten, und so gleichsam automatisch ein Europa der zwei Geschwindigkeiten von Euro- und Nicht-Euro-Ländern weiter forcierten (Piris 2012, S. 102).

In der Tat hat die Eurozone innerhalb der vergangenen beiden Dekaden eine eigene institutionelle Struktur vor allem in Form der Treffen der Staats- und Regierungschefs beziehungsweise der Finanzminister der Euroländer ausgebildet, und bewegt sich mittlerweile immer mehr auf eine Bankenunion unter Aufsicht der EZB zu. Im Juni 2015 wurde der sogenannte Bericht der Fünf Präsidenten¹ vorgelegt, welcher darauf abzielte, die Eurozone zu einer Fiskalunion weiterzuentwickeln, in der es zu einer Koordinierung und schließlich zu einer Konvergenz der Fiskalpolitiken der Euroländer kommen soll, wobei insbesondere Transfers von reicheren an ärmere Euroländer ein zentrales Element darstellen. Dies würde zu einer abermaligen Stärkung der Eurogruppe und ihrer Präsidentschaft innerhalb des Gefüges der EU führen (Adler-Nissen 2016, S. 242). Bereits jetzt hat die Eurogruppe, die seit dem Vertrag von Lissabon als formale Institution der EU anerkannt ist, zu einem de-facto Bedeutungsverlust des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) gesorgt. Dieser ist formal zwar nach wie vor das Entscheidungsgremium, jedoch kann die Eurogruppe mittlerweile als der tatsächlich entscheidende Akteur der Integration betrachtet werden, welche dem ECOFIN letztlich nur noch eine Abnickfunktion zubilligt. Gleichzeitig ist aus der Eurogruppe, welche einst als Forum zur Beratung der von der EU-Kommission bereitgestellten Wirtschaftsprognosen, der Haushaltslage der Eurostaaten oder Fragen des Eurowechselkurses diene ein Akteur geworden, der sich dezidiert zu Fragen wie Arbeitsmarktreform, Wettbewerbspolitik, öffentliche Verwaltung, Steuerpolitik oder Finanz-, Dienstleistungs- und Gütermärkten äußert und Stellung zu internationalen Herausforderungen wie Energie und Umwelt bezieht.

Das Vereinigte Königreich, das als Nicht-Euromitglied hierauf keinen direkten Einfluss hatte, zeigte sich als erbitterter Gegner dieser Entwicklung. London bemühte sich um den Spagat, einerseits sein nationales Interesse und damit verbunden insbesondere die Interessen der britischen Wirtschaft und Finanzindustrie zu wahren und hierfür auf die Geschicke nicht nur der EU sondern insbesondere auch und gerade des Euroraums Einfluss zu nehmen, und andererseits nicht selbst vom Euro tangiert zu werden oder hieraus in irgendeiner Form Verpflichtungen zu übernehmen (Adler-Nissen 2016, S. 243). Die Entscheidung David Camerons auf

¹Der Name des Berichts bezieht sich auf dessen Verfasser: Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, Eurogruppen-Präsident Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi, Präsident der EZB und Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments.

dem Treffen des Europäischen Rats im Jahre 2011, der Einfügung eines Fiskalabkommens in die europäischen Verträge zu widersprechen, welches ausschließlich für die Mitglieder der Eurozone bindend gewesen wäre, ist hierfür ein Beispiel. Dieser Schritt wurde von Eurostaaten wie Nicht-Eurostaaten als anmaßend empfunden. Martin Schulz, seinerzeit noch designierter Präsident des EU-Parlaments, sprach erstmals von der realen Möglichkeit eines Ausscheidens Großbritanniens aus der EU, welches in der EU isoliert sei wie niemals zuvor (Spiegel 2011). Manöver wie dieses, welche im Abwehrkampf Londons gegen die Eurozone keinen Einzelfall darstellten, mussten diese Isolation letztlich nur noch erhöhen, wie aus einer Stellungnahme der EU-Kommission unzweideutig hervorgeht: „We do not want outsiders such as the UK to use disagreement in the Eurogroup to make a big mess, and this is why we expanded the questions that are only dealt with by the euro area“ (Adler-Nissen 2016, S. 243). Letztlich sah sich das Vereinigte Königreich mit dem Dilemma konfrontiert, entweder die europäische Integration, die nicht zuletzt angesichts der gegenwärtigen Krisen – auch der des Euro – unaufhaltsamer denn je erscheint, aktiv und konstruktiv mitzugestalten, oder aber seinen auf der Betonung nationaler Souveränität und partikularer Interessen beruhenden Sonderweg fortzusetzen und dabei immer weiter ins Abseits europapolitischer Entscheidungsfindung zu geraten. Da ersteres nicht als ernst zu nehmende Alternative betrachtet wurde, war der Weg in den Brexit beinahe schon eine notwendige Konsequenz.

2.7 Das britische Streben nach der Rückkehr zur nationalen Souveränität

Doch zeichnete sich neben dem Euro schon früh noch eine weitere Bruchlinie ab. So wurde nicht nur die Währungsunion als Bedrohung britischer Eigenständigkeit betrachtet und daher abgelehnt, auch dem Schengener Abkommen, das – man erinnere sich der Zürcher Rede Churchills – ein Europa ohne Grenzkontrollen ermöglicht, wollte London nicht beitreten. Maßgeblich ausschlaggebend hierfür war ebenfalls ein Grund, welcher bei der Entscheidung zugunsten des Brexit 2016 ebenfalls den Diskurs beherrschte: der Wunsch nach der unbedingten Kontrolle über die Zuwanderung in das Vereinigte Königreich.

Sowohl Maastricht als auch Schengen sollten aufgrund der hierdurch abermals verstärkten Europaskepsis im Vereinigten Königreich die Amtszeit von John Major (1990–1997) bestimmen und die von ihm eigentlich befürwortete britische Mitwirkung an einer Fortentwicklung der europäischen Integration verhindern

(Franklin 1995). Nicht nur hatte Major es mit einer neuen Generation von Mitgliedern der Konservativen Partei zu tun, die unter der Führung von Iain Duncan Smith, einem der späteren Führer der Tories, eine äußerst aggressiv agierende europaskeptische Gruppierung bildeten, auch war die öffentliche Meinung dezidiert antieuropäisch. Dies spiegelte sich nicht nur in den Medien sehr deutlich wider, auch entstanden zu jener Zeit Kampagnen, Bewegungen und politische Parteien, deren vereinigender Tenor die Überzeugung war, dass die EU unvereinbar mit den nationalen Interessen des Vereinigten Königreichs sei (MacShane 2015, S. 80). Vor diesem Hintergrund entwickelte das Londoner Außenministerium das Konzept der Opt-Outs. Konkret konnte die Regierung in London in diesem Zusammenhang für ihr Land etwa signifikante Ausnahmen von der europäischen Sozialpolitik durchsetzen. Dieses Einfordern von Sonderrechten und Privilegien setzte sich auch unter den Regierungen von Blair und Brown fort, was sich etwa am politischen Diskurs um die EU-Verfassung beziehungsweise um den Lissabon-Vertrag zeigte. So verweigerte Gordon Brown seine Unterschrift zur Grundrechtecharta und behielt sich zudem zahlreiche Ausnahmen von den Lissabon-Regeln vor. Zugleich machte er seine Zustimmung zum Lissabon-Vertrag davon abhängig, dass weit über einhundert bisherige Regelungen für das Vereinigte Königreich nicht mehr gelten sollten. Mit anderen Worten setzte London damit seinen Kurs an einer lediglich selektiven Teilnahme am europäischen Integrationsprojekt nicht nur fort, sondern zementierte diesen weiter.

Das wurde auch auf der Ebene der europäischen Parteipolitik deutlich. Auf Drängen David Camerons, der seit 2005 den Vorsitz der Konservativen Partei innehatte, verließ diese nach den Europawahlen 2009 die Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. David Cameron konnte sich seither als Europaskeptiker par excellence etablieren, was maßgeblich dazu beitrug, dass er aus dem Wahlkampf mit Gordon Brown als Sieger hervorging. 2011 verweigerte er, wie oben ausgeführt, die Zustimmung zum Fiskalpakt, nur ein Jahr später drohte er damit, die Verhandlungen zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen scheitern zu lassen. Zwar ließ er sich dann doch auf eine Verringerung des sogenannten Briten-Rabatts ein, jedoch reflektierte dies keineswegs die Haltung der britischen Regierung oder der dortigen Öffentlichkeit. Vielmehr unterlag er im Unterhaus sowohl gegen die Stimmen von Teilen seiner eigenen Partei als auch gegen die der ebenfalls europaskeptisch erstarkten Labour Party mit dem Antrag, den von ihm mitverhandelten EU-Haushalt zu billigen. Stattdessen erhielt Cameron den Auftrag, den EU-Haushalt in Brüssel zum deutlichen Vorteil des Vereinigten Königreichs nachzuverhandeln. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist auch Camerons 2013 erfolgte Ankündigung eines Referendums über den Verbleib

seines Landes in der EU zu sehen. Cameron versuchte mithilfe der Drohkulisse eines Ausstiegs des Vereinigten Königreichs aus der EU nicht nur über den EU-Haushalt zu verhandeln, sondern letztlich die Gunst der Stunde zu nutzen, um die Beziehungen zwischen London und der EU auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, bei der das Vereinigte Königreich noch mehr Rechte, Privilegien und Einflussmöglichkeiten bei gleichzeitig niedrigeren Verpflichtungen erhalten sollte. Doch welche Triebkräfte machten diese Entwicklung, die schließlich im Juli 2016 im Brexit gipfelte, konkret möglich?



<http://www.springer.com/978-3-658-15632-9>

Das Brexit-Referendum
Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven
Niedermeier, A.; Ridder, W.
2017, VII, 49 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-15632-9